

War die Schweiz vor 1848 ein rückständiges Land?

Mit der Gründung des Bundesstaats haben die Liberalen in der Mitte des 19. Jahrhunderts wichtige Weichen gestellt. Doch nicht sie allein haben das Land vorangebracht. Und in einigem war die Schweiz vielen anderen Staaten schon um 1800 weit voraus. Eine Replik.

René Roca 06.04.2020, 05.30 Uhr



Im Europa des frühen 19. Jahrhunderts verfügte die Schweiz über ein vergleichsweise stark ausgebautes Bildungssystem, mehr Kinder als anderswo besuchten hier um 1800 regelmässig die Schule.

Simon Tanner / NZZ-Fotografen

In der Schweiz haben die Bürgerinnen und Bürger die Demokratie in den letzten 200 Jahren zu einem weltweit einmaligen Modell entwickelt. Die direkte Demokratie ist fester Bestandteil der politischen Kultur und das entscheidende Fundament für unseren wirtschaftlichen Erfolg. Solche historischen Fakten übergeht Joseph Jung, wenn er in seinem [kürzlich in diesen Spalten erschienenen Artikel](#) zur Geschichte der Schweiz im 19. Jahrhundert behauptet, «die Schweiz vor 1848» habe den «Anschluss an die Entwicklung der modernen Staaten verloren».

Ganz im Gegenteil: Mit der direkten Demokratie entwickelte die Schweiz schon vor 1848 ein Modell, das sich im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts zwar sehr unterschiedlich

ausgestaltete, aber immer von unten nach oben, also aufbauend auf den politischen Gemeinden über die jeweilige Kantons- bis hin zur Bundesebene, seinen Siegeszug antrat. Tragend in diesem Prozess waren das Genossenschaftsprinzip sowie das Naturrecht.

Naturrecht bedeutet, dass sich die Menschen Gedanken machen zu den überzeitlichen Normen für das Zusammenleben, zum sittlichen Verhalten und zur Gestaltung der politisch-rechtlichen Ordnung. Unter anderem mit dem Genossenschaftsprinzip und seinen drei «Selbst», nämlich der Selbsthilfe, der Selbstbestimmung und der Selbstverantwortung, wurde das Naturrecht in der Schweiz in die Praxis umgesetzt. Dieses Prinzip beinhaltete eine integrierende Kraft, ohne die eine Willensnation Schweiz, die auf Freiheit und Gleichheit basiert, nicht hätte entstehen können.

Von «Rückständigkeit», wie das Jung interpretiert, also keine Spur. Die wirtschaftliche Dynamik setzte in der Eidgenossenschaft zwar spät ein, aber auf einem soliden menschlichen Fundament. Auch wenn die Schweiz vor 1848 ländlich-agrarisch geprägt war, so war sie doch in Sachen Bildungssystem den meisten europäischen Staaten weit voraus, wie aktuelle Auswertungen der sogenannten Stapfer-Enquête zeigen. Die Schweiz war um 1800 eine eigentliche «Schulhochburg», in der fast alle Kinder die Schule besuchten. Leider werden solche wichtigen Forschungsergebnisse kaum zur Kenntnis genommen.

Bewegungsleute in Basel

Auf dieser Grundlage erkämpften in der Schweiz im 19. Jahrhundert ländliche Volksbewegungen die ersten direktdemokratischen Volksrechte. Sie setzten diese gegen teilweise sehr heftigen, vornehmlich liberalen Widerstand durch. Dies zeigen diverse kantonale Beispiele.

In Baselland forcierten liberale Kreise ab 1830 die demokratische Entwicklung. Sie vertraten als kleine liberale Führungsschicht das Prinzip der Repräsentation. Die Volkssouveränität sollte sich in der durch einen Zensus eingeschränkten Wahl der Legislative erschöpfen und nicht durch weitere Volksrechte konkretisiert werden. Schnell formierte sich dagegen eine Opposition aus der ländlichen Bevölkerung, die sogenannten «Bewegungsleute».

Diese waren radikal denkende Freisinnige, die sich teilweise in eine jakobinisch-frühsozialistische Richtung entwickelten und für weitergehende Volksrechte eintraten. Im Zuge der Trennung von Basel-Stadt verbuchten die «Bewegungsleute» bald einen ersten Erfolg. 1832 gab sich Baselland die erste eigenständige Verfassung und verankerte darin das Gesetzesveto, eine Vorform des heutigen fakultativen Referendums. Baselland war damit der zweite Kanton, der nach St. Gallen dieses Volksrecht einführte. Die ersten politischen Erfahrungen waren gut, und man verbesserte in der Folge die direkte Demokratie Schritt für Schritt.

Ländliche Luzerner Demokraten

Der Kanton Luzern hatte 1831 erstmals eine Verfassung per Volksabstimmung angenommen. Sie war primär ein Produkt liberaler Kreise und dank ihrem demokratischen Charakter ein grosser Fortschritt. Die Demokratie war aber eine repräsentative, das heisst, abgesehen von eingeschränkten Wahlen (Zensus) gab es für die Bevölkerung keine Möglichkeit, die Politik aktiv mitzugestalten. Für die Liberalen war dies das «vollendetste Staatssystem».

Die Katholisch-Konservativen, auch «ländliche Demokraten» genannt, hatten eine andere Vorstellung von Volkssouveränität. Sie wollten der Bevölkerung mehr Mitsprache sichern. Um das zu erreichen, formierte sich eine ländliche Volksbewegung. Nach einer intensiven politischen Debatte drängten die «ländlichen Demokraten» 1841 auf eine Totalrevision der Verfassung, die schliesslich in der Abstimmung eine grosse Mehrheit erhielt. Entscheidend war die Einführung von Volksrechten, darunter das Gesetzesveto, für viele «die wichtigste neue Institution», die in den folgenden Jahren weiter entwickelt wurde.

Den Dünkel ablegen

Die Liberalen stellten nach der Gründung des Bundesstaates 1848 wichtige Weichen für die wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz. Sie pflegten aber auch einen Hang zur Aristokratisierung und favorisierten ein utilitaristisches Prinzip, das gesellschaftliche Ungleichheit und Ungerechtigkeit produzierte. Die «Bewegungsleute» und die «ländlichen Demokraten» gehörten 1848 zu den politischen Verlierern. Sie prägten aber die Schweizer Geschichte vor und nach 1848 ebenso wie die Liberalen.

Die liberalen Sieger des Sonderbundkrieges von 1847 mussten einen langen Lernprozess durchstehen, bis sie die direkte Demokratie akzeptierten und ihren Dünkel gegenüber dem «Volk» ablegten. Die Schweiz wäre kein föderalistisches und direktdemokratisches Staatswesen und besässe auch nicht das heutige wirtschaftliche Erfolgsmodell, wenn sich die liberalen, antiklerikalen und zum Teil auch zentralistischen Elemente widerstandslos durchgesetzt hätten.

Der Historiker **René Roca** ist Gymnasiallehrer und Leiter des Forschungsinstituts direkte Demokratie.